



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat	15.03.2023	öffentlich	Beschluss

Betreff:

**Sichtbarmachung jüdischen Lebens in Geschichte und Gegenwart
hier: Jüdische Begegnungsstätte**

Sachverhalt (kurz):

Anlässlich des Festjahres "1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland" hat der Stadtrat am 24. März 2021 eine Resolution zur Sichtbarmachung jüdischen Lebens in Nürnberg verabschiedet. Darin wurde u. a. festgehalten, dass die Stadt Nürnberg - in Abstimmung mit der Israelitischen Kultusgemeinde - eine Machbarkeitsstudie zur Schaffung einer Begegnungs- und Bildungsstätte auf den Weg bringt. Es werden über die Vorarbeiten zu einer Machbarkeitsstudie dazu berichtet sowie die Umsetzungsschritte skizziert.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	60.000 €	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	60.000 €	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Mit der zu schaffenden Begegnungsstätte soll die Bürgerschaft in ihrer gesamten Diversität adressiert werden.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 2. BM

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeitsstudie wie beschrieben auf den Weg zu bringen.